

Stellen. Zwei Knaben aus Siedau, der achtjährige Paul Ulrich Werner und der fünfjährige Hans Bertel, sind hier sehr schwer, teils tödlich verunglückt. Die beiden Knaben sind nach einem abseits der Altenburger Straße gelegenen Holzplatz der Neondarbschen Fabriken in Trossen gegangen, um dort zu spielen. Dabei sind sie auf einen dort lagernden großen Haufen Holz gekommen, dessen Inneres noch große Mengen glühende Flugasche enthalten hat, die erst am Tage dorthin gebracht worden war und aus dem Kesselhaus kam. Die obere Schicht hatte sich bereits abgeflacht. Unnehmbar sind die beiden Knaben über den Haufen hinabgefallen und eingestürzt, wobei sie sich derart schwere Verbrennungen an den Beinen und Armen zuzugewogen haben, daß sie sofort ins Siedauer Stadtkrankenhaus gebracht werden mußten. Dort ist Bertel gestorben, während Werner in Lebensgefahr schwebt.

Kallenberg bei Schirgiswalde. Vollständig eingestürzt wurde am Freitag nachmittag das Anwesen des Wirtschaftsbefähigten Michael. Gerettet konnte nur wenig werden, als das Feuer ausbrach, niemand zu Hause war. Der Schaden ist groß, die Entstehungsurache unbekannt.

Klausen i. B. In den Folgen einer Blutvergiftung geboren ist im hiesigen Stadtkrankenhaus die erst seit Februar verheiratete Frau des Lokomotiv-Arbeiters Kurt Müller aus Adorf. Sie war am 19. August, als sie im Gemeindefest mit ihrem Manne und einigen Bekannten im Walde nach Beeren suchte, offenbar von einer Kreuzotter gebissen worden. Die kleine Wunde wurde sofort ausgedrückt und ausgegossen, indes schwellte trotz alldieser ärztlicher Hilfe Bein und Körper nach und nach heftig an. Etwa 14 Tage später trat Wundrose ein, was Anlaß zur Ueberführung der jungen Frau ins hiesige Stadtkrankenhaus gab. Leider gelang es auch hier nicht, sie am Leben zu erhalten.

Kue. Die Stadtvorordneten genehmigten die Ausschreibung der städtischen Gewerbesteuer, gegen welche die Volkswirtschaftliche Vereinigung für Danab und Gewerbe nachdrücklich Protest eingelegt hatte, mit 100 Prozent Erhöhung, ferner die von der Kreisbauverwaltung nach den Richtlinien der Regierung abgeordnete Wohnungsklausur-Ordnung, die nunmehr statt der ursprünglich erwarteten 120 000 Mark nur noch 26 000 Mark bringen wird, welcher Betrag aber durch die entstehenden Verwaltungskosten so gut wie völlig aufgebraucht werden wird; um bei den Wohnungsuchenden Einwohnern keinen Anmut zu erregen, wird trotzdem die Steuer erhoben.

Leipzig. Während in Dresden die angelegte Ausschreibung der Metallarbeiter in Kraft getreten ist, haben sich in Leipzig die Metallindustriellen und die Arbeiterschaft dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses unterworfen, so daß die Lohnbewegung in der Leipziger Metallindustrie erledigt ist.

Sofha. Die am Sonntag in Gotha stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen haben mit dem Sieg der bürgerlichen Parteien geendet. Während die bisherige Stadtverordnetenversammlung 23 Vertreter der bürgerlichen und die gleiche Zahl sozialistischer Vertreter zählte, haben in Zukunft 28 Vertreter der bürgerlichen Parteien 18 sozialdemokratische Stadtverordnete gegenüber.

Deutscher evangelischer Kirchentag.

ev. Stuttgart, 16. Sept.

Ein Antrag, der soziale Unterrichtsfrage und mehr Mittel für evang. Arbeiterkatechetik forderte, fand am Mittwoch einstimmige Annahme, gab aber auch Anlaß zu einer lebhaften Aussprache über die Stellung der Kirche zu den verschiedenen Gewerkschaften, weil gefordert worden war, der Kirchenrat solle erklären, daß ihm die christlichen Gewerkschaften näherstehen als die anderen. Dem wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Auch ein Antrag auf Förderung des evang. Volkshilfsvereins wies durch den Deutschen Ev. Kirchenausschuss wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag zur Zitierteitsfrage, der u. a. den Kirchenrat bittet, gegen die Verträge zur Beilegung der §§ 218-220 des Str.-G.-B. fassen Widerstand zu leisten, und für die Regelung der Prostitutionsfrage (Aufhebung der Bordelle) Richtlinien aufstellt. — Die zweite Lesung der Bundesverfassung am Mittwoch und Donnerstag brachte nur ganz unbedeutende Änderungen des Entwurfs. — Am Donnerstag sprach der Kirchentag dem christlichen Ausland für die Hebräer Hilfe, die das evangelische Deutschland in seiner Not erfährt, seinen herzlichsten Dank aus und entbot den evangelischen Gemeinden Ober-Schlesiens in ihrer Bedrängnis seinen Gruß. Der Vertreter dieser Gemeinden, Superintendent D. Boh. Kuttowitz, hielt eine der ergreifendsten Reden der ganzen Tagung. Die Verhandlungen über die Schulfrage, zu der Oberlehrer Dr. Prom. Berlin noch eine sehr einflussreiche Rede über das ev. Erziehungsideal hielt, fand ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer Fundgebung, die als oberstes Ziel der Erziehung den frommen und sittlichen Menschen im Geist des Evangeliums bezeichnet, für die evangelischen Kinder nachdrücklich Schulen ihres Bekenntnisses und einen Religionsunterricht fordert, der nach den Normen christlichen Glaubens und Lebens erteilt wird, „wie sie in den in der heiligen Schrift gegebenen und in den Bekenntnissen der Reformation bezugten Evangelien enthalten sind“. Endlich fand auch die Kirchenbundesverfassung und der Kirchenbundesvertrag in dritter Lesung einstimmige Annahme unter tiefer Bewegung des ganzen Hauses, die in dem gemeinsamen Gesang von „Nun danket alle Gott“ zum Ausdruck kam. Nachdem dann der Vorsitzende, Herr v. Beckmann in einem geschwollenen Rückblick auf die ganze Tagung deren Bedeutung für die ev. Kirche Deutschlands gewürdigt und allen Mitarbeitenden gebannt hatte, wurde sie von Prälat Stahlecker mit Gebet geschlossen. — Am Donnerstagabend wurden im Festsaal der Viedershalle und in der Hospitalkirche öffentliche Reformationsfeiern gehalten, zu denen sich die evangelischen Stuttgarter in großen Scharen einfanden. Die Gäste aus Ostpreußen, Steiermarken, Böhmen, Schweden, Spanien und der Schweiz wurden herzlich begrüßt und brachten wiederum Grüße aus den evangelischen Kirchen ihrer Heimat, wobei es überall durchklang, wie das gemeinsame Gebetserbe Luther und die gegenwärtige gemeinsame Not der ev. Christenheit über die Landesgrenzen hinaus einigt. Männer der Wissenschaft und Lutherforscher — in der Viedershalle Professor D. Scheel-Lüdingen, in der Hospitalkirche Prof. D. Schan-Weizen — hielten die Tage des Protestantismus in der Gegenwart dar und die Straße, die uns gerade jetzt von Luther auslaufen können. Am Freitag vormittag sammelten sich die Mitglieder des Kirchentags und eine zahlreiche Gemeinde noch einmal in der Markuskirche zu einer Luthergedenkefeier, bei der Graf Adolf D. Söderblom-Upsala und Prof. D. S. Mend. Wülfert die Festreden hielten. Allen Teilnehmern wird diese Feier ein Erlebnis von hiesiger Bedeutung geworden sein, namentlich durch die Worte des schwedischen Grafen, aus denen er lebend und beglückend die Bezeugung sprach, daß der jetzt unter harten Not lebende deutsche Protestantismus, weil er Luther zum Vorbild hat, mit Gottes Hilfe einer geistigen Erneuerung entgegengeht, von der die ganze Christenheit Gewinn haben wird.

Maßnahmen gegen die Futtermittel.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft stellt fest, daß in weiten Kreisen des Reiches eine außerordentlich Futtermittel herrscht und daß die Durchhaltung des Viehbestandes auf das Schwerste gefährdet ist, wenn die im Interesse der Milch-, Fleisch- und Heiterzeugung erforderlichen Maßnahmen nicht schnellstens ergriffen werden. Als solche Maßnahmen bezeichnet der Reichsausschuss: 1. Schleunige Zuführung von Mais zu Futterzwecken in alle noch nicht belieferten Gebiete und Durchführung einer möglichst harten Weizenzufuhr unter Uebernahme der Salzwasserzölle auf das Weizen; 2. Zulassung der Verarbeitung von Mais zu Brauntweizen zur Gewinnung möglichst großer Schlemmenmengen; 3. Zulassung der aus dem Umlagegetreide anfallenden Aste zu ermäßigtem Preise und schleunige und bevorzugte Zuführung der noch im Besitze des Reiches und der Länder befindlichen Kraftfuttermittel aus der öffentlichen Hand in die hauptsächlich mangelnden Bezirke; 4. Ausfuhrverbot für sämtliche Futtermittel und Krenge Ueberwachung der Grenzen; 5. Überwachung der Umlage überall da, wo die Exportschritte zu einer Mindernde an Getreide geführt hat; 6. Öffnung der Staats- und Gemeindefuttermittel für Futter und Erzeugung und für Waldweide, soweit dies mit den forstwirtschaftlichen Interessen vereinbar ist. Ein gleiches Entgegenkommen wird von den Privatwaldbesitzern erwartet; 7. Die Aufstellung eines Notstandsstatutes mit 50 Prozentiger Ermäßigung der Frachttarife für Getreide, Kraftfuttermittel, Düngemittel, Futtermittel und Torfsteine. — Um den Notstandsstatut den Begünstigten in vollem Umfange zugute kommen zu lassen, wird empfohlen, die Frachtermäßigung von entsprechenden Ausweisen der landwirtschaftlichen Körperschaften abhängig zu machen; 8. Die Zurückhaltung der geplanten Importationen Frachtermäßigung für alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel und für die wichtigsten Nahrungsmittel bis zur Besserung der allgemeinen Ernährungslage; 9. Bewilligung einer Frachtermäßigung für Weizen und Schmalz aus Dänemark.

Neben diesen Maßnahmen empfiehlt der Reichsausschuss der Futtermittel die besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um den Randvielen den zur Beschaffung von Futtermitteln, in erster Linie von Futter und Düngestoffen erforderlichen Kredit zur Verfügung zu stellen. Der schleunige Ausbau der Einrichtungen für genossenschaftliche Viehpflege ist dringend erforderlich.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 20. September 1921.

Der Tanz des Ministerpräsidenten v. Kaer.

München. Der bayerische Ministerpräsident hat aus Verheißungen unter dem 18. 9. an den Landesausschuss der Bayerischen Volkspartei folgendes Schreiben geschickt: Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident im Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundgedanken der Bayerischen Volkspartei fest. Als neuwählter Ministerpräsident wäre ich aber wieder in der Zwangslage, mich auf den Boden des Beschlusses des Ständigen Landtagsausschusses vom 11. 9. zu stellen, der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde fühle ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen. Mit den besten Grüßen und Wünschen für den Verlauf der Tagung und mit den herzlichsten Segenswünschen für unser bayerisches Volk und für ein geländes, hartes, freies, selbständiges Bayern und ein geländes starkes Reich, Dr. von Kaer.

München. Ähnlich wird mitgeteilt: Dem bayerischen Ministerpräsidenten sind in den letzten Tagen so viele Vertrauensbedingungen aus Bayern, dem Reich und dem Ausland zugegangen, daß es ihm unmöglich ist, allen für diese Kundgebungen zu danken. Er sieht sich deshalb genötigt, diesen Weg zu beschreiten, um allen seinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Zur Regelung der Zeitungsbetriebe.

Berlin. Aus Parlamentarierkreisen hört das „Berl. Tagebl.“, daß sich mit dem Vorschlag, bei Differenzen betreffs Zeitungsbetriebe die Entscheidung einer Reichskommission, etwa dem Reichsgericht oder dem Reichswirtschaftsrat zu übertragen, gestern eine Besprechung zwischen Dr. Grobmann und dem Reichspräsidenten Ebert beschäftigte. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da erst die Regierungsbildung in Bayern abgewartet werden soll.

Beschlagnahme von Waffentransporten bei Breslau.

Breslau. Im Kreis Oels waren auf Veranlassung von sozialdemokratischer Seite sechs Lastautomobile mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden. Der Stadtrat des Transportes, der in einem Personenauto fuhr, wurde verhaftet. Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich hierbei um Waffen der früheren Ostpreußen aus dem ehemaligen Grenzschutz, die zur Verhinderung gebracht werden sollten. Die Sendung ist bereits wieder freigegeben und den Erfassungsstellen zugestellt worden.

Das Attentat in Lädenfeld.

Lädenfeld. Laut „Berl. Märk. Sta.“ kreuzte die Regel, die in die Verlesung des westfälischen Parteitages der Deutschen Volkspartei in Lädenfeld gefeiert wurde, ein Mitglied des Vorstandes am Arm und schlug in das Hinterhaupt. Es handelt sich offenbar um verheißene linksradikale Attentäter.

Das Burgenland wird geteilt.

Wien. Der Vermittlungsvorschlag der Entente über das Burgenland geht, wie verlautet, dahin, daß Österreich die Zone A erhält, während in der Zone B eine Volksabstimmung stattfindet. Diese Volksabstimmung würde den Verlust Odernburg bedeuten.

100 000 Streikende in Nordfrankreich.

Paris. Die Licht- und Kraftwerke haben ebenfalls den Betrieb eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt 100 000. Bisher sind Truppen in Stärke von etwa 30 000 Mann zur Verhinderung angekommen. Die organisierten Arbeiter verhalten sich ruhig, doch befinden sich viele Fremde unter den Streikenden, die verschiedene Angriffe auf die Truppen unternommen haben.

Paris. Die Kommission des Arbeitgeberverbandes hat den Beschluß der Übertragung der Löhne um 20 Centimes pro Stunde bestätigt. Es seien unüberwindliche wirtschaftliche Notwendigkeiten vorhanden, die zur Übertragung der Löhne zwingen. Ein Schiedsgericht könnte nicht angenommen werden.

Die ober-schlesische Frage im Völkerverbund.

Paris. Savas berichtet aus Genf: Eine Besondere über die Verhandlungen des Völkerverbundes über Oberschlesien unterrichtet ist, erklärte, wenn die Deutschen den Rat dazu bringen, Vertrauensleute zur Vornahme einer Untersuchung nach Oberschlesien zu entsenden, dann wissen sie nicht, daß sich in der letzten Zeit eine ganze Reihe von kompetenten Persönlichkeiten dorthin begeben hat. Dies geschah nicht, um eine allgemeine Untersuchung vorzunehmen, sondern es drehte sich darum, für den Völkerverbund gewisse Eindrücke festzustellen. Es ist zu hoffen,

daß der Völkerverbund in der Lage sein wird, seine Ansicht einige Tage nach dem Auseinandergehen der Verhandlungen, also in der ersten Hälfte des Oktobers, bekannt zu geben.

Die ober-schlesische Frage.

Paris. Savas meldet aus Genf, daß eine Sonderdelegation des Internationalen Komitees, bestehend aus einigen Engländern und einigen Italienern, sowie mehreren Deutschen, einige Tage in Genf verbracht hat. Die Delegation nahm vorbereitende Arbeiten vor, um die Aufgabe der Sachverständigen des Völkerverbundes zu erleichtern, die demnach an Ort und Stelle die ober-schlesische Frage prüfen soll.

Ueberschwemmungen durch einen Gewitterregen.

Paris. Savas meldet aus Madrid: Aus Motilla Den Balcancar wird gemeldet, daß die Stadt durch einen Gewitterregen überflutet wurde. 30 Häuser sind eingestürzt, zahlreiche Personen wurden getötet.

Schweres Bergverhängnis.

Brisbane. Durch eine Gasexplosion im Bergwerk von Round Bay bei Cairns (N. in Nord-Queensland) wurden 70 Bergleute verschüttet. Es ist anzunehmen, daß alle tot sind.

Der griechisch-türkische Streitfall.

London. Nach der „Daily Mail“ sollen die Thronerbenfalls die Absicht haben, den griechisch-türkischen Streitfall dem Völkerverbund zu unterbreiten.

Bermitteltes.

Große Ueberschwemmungen in Frankreich. Der „Matin“ berichtet über Ueberschwemmungen im Departement Correz: Nach den gleichartigen Regenfällen, die einem Ort an Sonnabend abend begannen, überflutete die Correz das ganze Tal und sich alles mit sich fort. Von Mittwoch bis 3 Uhr morgens drang das Wasser in das Innere der Stadt Correz ein, überflutete die Magazine und verursachte ungeheuren Schaden. In der Rue de Paris stürzte die Fäule ein. Drei Kilometer von Correz ist die kleinere Brücke von Malemort eingestürzt. Am Bahnhof von Aubazine ist der Schaden teilweise zu besetzen.

Das Eisenbahnunglück bei Drontheim. Unter den bei dem Eisenbahnunglück bei Drontheim Getöteten befinden sich drei der bekanntesten Männer Norwegens, nämlich außer dem Telegraphenbetriebsleiter Helge Nord, Oberst Sejersted und Architekt Holmboe, unter den Verwundeten der Generalstabsoberst Baud, der frühere Eisenbahnbetriebsleiter Jensen und der schwedische Eisenbahndirektor Arnell.

Beurteilter Getreidebesitzer. Ein Beauftragter der Reichsgetreidekasse, ein gewisser Hoffmann aus Berlin, wurde von der Strafkammer Ueberfeld wegen Getreidebeschuldigungen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kaufmann Otto Kohn erhielt wegen Diebstahls acht Monate Gefängnis.

Eisenbahn Diebstahl festgenommen. Auf der Strecke Dortmund-Minden-Dannover ist man umfangreichen Diebstählen von Eisenbahnmaterialien auf die Spur gekommen. Es handelt sich vorwiegend um Wein, Cognac und sonstige Getränke. In Dönnbrück ist ein ganzes Warenlager solcher gestohlenen Sachen unterhalten worden und man hatte zum Verkauf der gestohlenen Güter einen Reisenden angestellt. In der Sache verwickelt sind vorwiegend Eisenbahnschaffner, Zugführer, Verladener und Wirt. Es sollen auch bereits zwei Gütervorheber verhaftet worden sein. Im Ganzen wurden bisher 60 bis 70 Personen, davon allein 20 in Dortmund, verhaftet.

Raubüberfall. Am Sonnabend nachmittag meldete sich in Karlsruhe ein bis jetzt unbekannter Mann beim prakt. Arzt Dr. Mira als Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der angebliche Patient ihm mit einem Hammer so hart auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Täter, der sich in Begleitung einer Frau befinden haben soll, ist entkommen. Gebracht sind 2000 Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Gemälde von Correggio beschlagnahmt. In einer Werkstatt in Gomburg ist ein Gemälde von Correggio beschlagnahmt worden, das von deutschen Soldaten ohne Kenntnis seines Wertes von Cambrai nach Deutschland mitgenommen und für geringes Geld an einen Hamburger Gekauft verkauft worden war. Ein Mitglied der Internationalen Kommission veranlaßte die Beschlagnahme des Gemäldes.

Die Staatshochschule für Kunst und lebende Künste. Die Geldnotlage des Staates hat leider dazu gezwungen, den seit vielen Jahren verfolgten Plan, in Dresden eine Staatshochschule für Kunst und lebende Künste zu errichten, nunmehr zurückzustellen. Die Staatsregierung hatte im Frühjahr diesen Plan dadurch grundsätzlicher gutgeheißen, daß sie für die Zwecke der Hochschule die notwendigen Räume im Taschenbergpalais zur Verfügung stellte und außerdem, staatliche Prüfungen einrichtete und die Witwenrenten der Künstler als einer Staatshochschule zu übernehmen. Die erforderlichen Geldanschüsse sollten von der Stadt Dresden und von privater Seite aufgebracht werden. Die Stadt Dresden hatte hierauf in einem Schreiben an die Staatsregierung die Bewilligung dieser Mittel davon abhängig gemacht, daß auch der Staat einen entsprechenden Anteil der laufenden Kosten übernehme. Das Gesamtministerium hat aber in seiner letzten Sitzung bei der Beschlußfassung zu diesem Schreiben, gezwungen von der gegenwärtigen Finanzlage, sich nicht inbunde gesehen, für diesen Zweck staatliche Geldmittel bereitstellen zu lassen. Die Räume des Taschenbergpalais sollten nunmehr anders verwendet werden; es ist aber dabei vorgezogen, nur kurzfristige Mietverträge abzuschließen, um die Möglichkeit einer späteren Verwendung der Räume für die Hochschule sicherzustellen. Es ist zu hoffen, daß bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der alte Plan wieder angenommen werden kann. Dem Arbeitsausschuss für die Errichtung der Hochschule ist auf Beschluß des Gesamtministeriums für seine ansperrnde Tätigkeit Dank und Anerkennung und das Bedauern darüber ausgesprochen worden, daß das für Dresden wie für Sachsen bedeutsame Unternehmen gegenwärtig nicht weiter verfolgt werden könne.

Sport.

Fußball. Spielvereinigungs-Sonnensportvereine: 1. Mannschaft - Gedditz 1. 1:1 (Prolet); 2. Mannschaft - Gedditz 2. 1:2; 3. Mannschaft - Röderau 3. 4:1. — Spielvereinigung v. B. Jugendausschuss. Wie erwartet, holte sich die 1. Jugend von Röderau über die 2. Punkte. Spiel, gewann über mit 3:0. 2. Jugend - Gedditz 2. 0:0 (Wettkampfspiel). Die 1. Knaben spielten mit Röderau 1. Knaben 2:1.

Erinnern Sie,

bitte, Ihre Bekannten daran, daß sie das täglich erscheinende „Riesler Tageblatt“ zum Besuche auf Oktober heute noch bestellen!

Schlachtkörper
auf dem Schlachthof zu Dresden, Sonntag, 19. September 1911.
Preis für 50 kg in Markt.

Kategorie und Beschreibung	Preis	Gewicht
I. Schlachtkörper (Kuttel 115 Stück):		
1. Schlachtkörper, ausgewachsene, höchstes Schlachtwert bis zu 6 Jahren	530-550	1100-1200
2. Junges, fleischige, nicht ausgewachsene - ältere, ausgewachsene	450-480	875-900
3. Mäßig gemästete Junge - gut gemästete ältere	350-380	650-680
4. Gering gemästete jeden Alters	250-280	500-550
B. Kälber (Kuttel 120 Stück):		
1. Schlachtkörper, ausgewachsene, höchstes Schlachtwert	680-700	1100-1200
2. Schlachtkörper, ausgewachsene	580-600	975-1100
3. Mäßig gemästete jüngere und gut gemästete ältere	350-400	750-800
4. Gering gemästete	250-300	600-700
C. Kälber und Stiere (Kuttel 207 Stück):		
1. Schlachtkörper, ausgewachsene, höchstes Schlachtwert	700-775	1225-1325
2. Schlachtkörper, ausgewachsene, höchstes Schlachtwert bis zu 7 Jahren	530-550	1100-1200
3. Kältere ausgewachsene Stiere und gut entwickelte jüngere Stiere und Stalben	450-500	950-1050
4. Gut gemästete Stiere und mäßig gemästete Stalben	350-400	800-900
5. Mäßig und gering gemästete Stiere und gering gemästete Stalben	200-300	600-800
D. Stiere (Kuttel - Stück):		
1. Gering gemästetes Jungvieh im Alter von 2 Monaten bis zu 1 Jahr	-	-
II. Kälber (Kuttel 1150 Stück):		
1. Doppelländer	-	-
2. Beste Rasse und Saugkälber	875-950	1275-1375
3. Mittlere Rasse und Saugkälber	700-800	1200-1300
4. Geringere Rasse	550-650	1000-1100
III. Stiere (Kuttel 807 Stück):		
1. Bestämmer und jüngere Maststämme	600-700	1150-1275
2. Kältere Maststämme	400-500	1000-1100
3. Mäßig gemästete Hammel und Schafe (Werkstoffe)	250-325	550-925
IV. Scheweine (Kuttel 974 Stück):		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr	1200-1250	1700-1750
2. Fettfleischige	1400-1500	1800-1900
3. Fleischige	1150-1250	1600-1650
4. Gering entwickelte	1000-1100	1450-1550
5. Sauen und Eber	1150-1200	1550-1700

Ich hatte Gelegenheit einen Fabrikrestposten
476 Stück Leibchenunterhosen
weit unter Herstellungswert zu kaufen.

Die Hosen sind so billig, daß sie kaum den 3fachen
Friedenspreis erreichen.
Gr. 2-3 Jhr. Gr. 4-5 Jhr. Gr. 6-7 Jhr.
Gr. 8-9 Jhr. Gr. 10-11 Jhr. Gr. 12-13 Jhr.

Einen großen Vorrat warme, handgeschickte, weiche
Heberziehjäckchen für Kinder
Stück Mk. 10.-.



Der Vater Wille.

Roman von D. Corong. 31
Wenig durchkämpfte alle Qualen des Zweifels. Inzwischen war sie bis zur Höhe der ersten Treppen, dann aber trübte sie sich wieder mit dem Gedanken: „Sie haben seit Kinderjahren wie Bruder und Schwester miteinander verkehrt, und Egon sieht vielleicht nur eine verwandtschaftliche Zuneigung für das armütliche Mädchen.“
Sein Blick schien Fräulein d'Espinau doch oft zu sagen: „Du bist schön!“ Und dennoch — was sie in seinen Augen sah, war jene Bewunderung, der man auch vor einem herrlichen Statuen, vor einem prächtigen Werke der Kunst bewundert, aber — nicht (sagte ihr): „Dieser Mensch vergißt sich in Verlangen nach Dir, wie Du Dich nach ihm.“
Hatte Egon solche Gewalt über sich? Bedachte er sich bei Wollens wegen, welcher zwischen ihm und der Baronin bestand? Fürchtete er eine Abweisung? — Wachte sich der Komteß von Gernreich feindselige Einfluß hier geltend? — Oder hatte doch die kleine, eigentlich erst und bedeutende Kunde dem Sieg davongetragen?
Diese Fragen beschäftigten und quälten Hennes und ersteten sie beständig in einem flüchtigen Zustand. Ihr blühendes Aussehen schwand, ihr Gesicht wurde bleich und schmal und verlor seine Feinheit.
Mit dritter Sorge beobachtete Habella ihre Tochter. Das Mädchen wurde müde erfüllt werden, um jeden Preis.
Wenn hätte sie noch einmal mit Woll darüber Rücksprache genommen, denn er, der doch er unter dem Druck dieser Verhinderung stand, und gab daher ihre Absicht bis auf weiteres auf.
In der Tat wurde der Feind von Tag zu Tag gewaltiger. Trauen doch mit jeder Post Nachrichten an, und manche Bänder drangen sehr energisch auf Erfüllung ihrer Forderungen.
16. Kapitel.
Wollens, die immer bedauernder wurden, quälten den Majoratsbesitzer. Wie ein Bräutigam, aus dem man beständig lächelt, dachte auch seine Rasse zu verfluchen. Der Feind des Feindes war nicht einmal zu werden und die kleine...

Die neuen Unterhosen
ausgewaschen, steuert man sie
Kleider gegen Erhaltung
berühmte Wollens d'Espinau.

Möbl. Zimmer
für 1. Person in Grotto, mit
e. sehr schön, gef. Ofen, Ofen,
unt. N. K. postl. Döbeln.

Bankkassette
sucht möbliertes Zimmer
mit sofort. Angebot unt.
L. K. postl. an das Tagblatt Riesa.

Referendar
sucht ab 1. 10.
1 od. 2 möbl. Zimmer.
Off. an Alfred Böhm,
Selbst, Frankfurter Str. 13.

3 Zimmer - Wohnung
mit gleichem oder zu tauschen
gesucht. Angeb. unt. V. K. 7671
an das Tagblatt Riesa.

Gute für sofort od. später
Ältere, zuverlässige
Gausmädchen.
Frau Bern. Dr. Garmann,
Glaubitz, Post Langenberg.

Wahrb. ja. Gausmädchen
oder Aufwartung gesucht.
K. Osterkorn, Danziger Str. 3.

Gute per 1. Okt. od. später
jung. anständ. Mädchen
aus achtb. Familie, welches
mögl. etwas nähen kann.
Gute Behandl. u. Familien-
anschluß. Selbstem ist auch
Belegarbeit geboten, sich im
Kochen auszubilden.
Frau W. Kühne,
Stralsb. G. Bahnhofsstr. 260B

Unabh. Witwe
50 J., sucht für sich, Stell. in
frauenl. Haushalt. Off. u.
V. K. 10 postl. Döbeln.

Eine laubere Waise
wird gesucht.
Frau Martha Schneider,
Dettlernerstr. 27.

Gute für 1. Oktober einen
unverlässigen
Pferdejungen
nicht unter 16 Jahren.
Dr. Caspari,
Raf.-Wils.-Platz 10a.

Sohn achtbarer Eltern,
welcher Lust hat
Stetiger
zu lernen, findet gutes Unter-
kommen b. Gustav Schneider,
Fleischermeister, Riesa.

Junger Mann
16-17 Jahre alt, mit guten
Zeugnissen, welcher verheiratet
mit Woll und Wollens um-
geben, kann sich melden
Dismarckstr. 35.

Intellig. Handwerker,
28 J., gute Zeugnisse,
sucht Beschäftigung
gleich wech. Art. Off. unt.
V. K. 6 postl. Döbeln.

Gegen Wanzen, Flöhe und Läuse
nimmt Rasch nur der Weise;
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Rat u. Hund;
völlig Garantiert. (V. K. 112) Riesa.
In 1/2 Stunde
Läuse
Originalf. 5.- und 7.50 Mark (Vorderland).

Saatkartoffeln.
Für Lieferung Ende September und Oktober offeriere
ich nachstehende Sorten:
Dobbers
Park von Komede
Ella
Coffa
Ella
H. 10-hats
Dobbers 34
Barnacka
Westwunder
Robell
Gertrud
Fudakris
Wollmann
Centifolia

aus Mecklenburg, Hannover, der Mark, Ost- und West-
preußen kommend. Bestellungen erbitte rechtzeitig
Rag Schumann, Bf. Döbla
Fernsprecher Amt Großenhain Nr. 59.



In einer Stunde vertilgen Sie unter
Läuse
Garantie Kopf-, Flöhe- und Läuse-
Brot (Rise), Wanzen, Flöhe
bei Menschen und Tieren.
"Raspolda" per gleich Mittel.
Wunden unschädlich. Nicht-
erfolg Geld zurück. Nur echt
in Bad. Kutsch. f. 2 Verf. von der Ungeziefer-Vertilgungs-
anstalt Leipzig. Obiges Mittel empf. Friseur Alfred Böhm.

Wenn der Friessträger zu Ihnen kommt
und um das Bezugsgeld für das
Rieser Tagblatt auf das 4. Viertel-
jahr 1921 anhält, dann hat er seine
Pflicht erfüllt.
Veräumen Sie nicht diese Ge-
legenheit, ihm das Bezugsgeld ein-
zubändigen, sonst tritt in der Be-
stellung eine Verzögerung ein und
damit auch eine Unterbrechung in der
Zustellung des Rieser Tagblattes.

Zwei Holzstöcke
u. -spalten
empfehlen sich G. Riebers,
Friedrich-Ruhm-Str. 2.
Wer erteilt wesentlichstmal
Unterricht in Stenographie
und Schreibmaschine
an älteren Herrn von 7 1/2 bis
8 1/2 vom. Off. unt. V. K. 7671
an das Tagblatt Riesa.

Haus mit Garten
bei Feld auf dem Lande
Riese zu kauf. gesucht.
Angebote an H. Werner,
Wersdorf Nr. 39 b.

Winter-Jobbe, neu,
1 Kasse, getragen,
1 Heberleber, getragen, für
mittlere Figur, zu verkaufen.
Su erst. im Tagbl. Riesa.

1 Kuchentisch, 1 Pracht-
Fuderbett, Mt. 185,-
1 Vogelbauer mit Gekoll,
1 Bettstelle mit Matratze,
1 eis. Feldbett, Mt. 55,-
zu verkaufen
Gautzstr. 43, 2.

Guterhaltener moderner
bester Kinderwagen
zu verkaufen. Su erfragen
im Tagblatt Riesa.

Ordnung Gunde - Staupe-
Effens, sicheres Heilmittel
gegen Staupe. Viele tausend
Dankschreiben. Su haben:
Stadt-Apothek Dr. Kruusk,
Riesa a. S.

Hennicke's Radikal-
Wanzen
bester Mittel zur Vertilgung
der Wanzen u. deren Brut
empfehlen in 1/2 n. 1/2 Flasche
Med.-Drog. A. E. Hennicke.



Univertrafen
Kette
Gegen
Haarausfall
von Fach-Ärzten
u. amtlichen
Autoritäten
empfohlen
E.A. Funke Leipzig

Strubel
Diakopweizen
erste Abfaat, anerkannt vom
Landeskulturrat, hat
Saat abgegeben
Rittergut Göhl.

Schreck-Anzüge
Outway-Anzüge
werden verliehen
Gautzstr. 25, 2. Stock.

Ausfuhr - Erklärungen
wech. 19. 20. 21.
sorräßig
in d. Tagblatt-Dresden Riesa.

Café Promenade. Morgen Mittwoch **Konzert** ausgeführt von den Herren Klein u. Weise, Riesa, ehemalige Mitglieder der Kurkapelle Bad Reinerz.
 abend 7 Uhr

Schlosskeller Bier- und Speisehaus **Beimlich sorgfältig geleiteter Küchenbetrieb**

Dresden :: Schloßstraße 16 :: Fernsprecher 20379
 Täglich 6 Uhr Künstler-Konzert der Wiener Damenkapelle Anni de Vaux

Jeden Dienstag und Freitag **Schlachtfest!** **Eigener Schlachtbetrieb!**
 Zum Ausverkauf gelangen **Kulmbacher Reichelbräu**
höchstprozentige Exportbier-Qualitäten **Original Einlodier Pilsquell**
Erstklassige Preise! **Mehrere Vereinszimmer!** **Special-Bier-Waffeln!**

Münchritz: Zentral-Lichtspiele.
 Nur Donnerstag, den 22. 9.:
„Nirwana“
 5. Teil: Der unterirdische Tempel.
 Dazu das humorvolle Lustspiel:
Garlchen und Professor Steinach.
 Verkürzte Musik. **Selma Gauthier.**

Vereinsnachrichten

Bezirkslehrerverein Riesa. Teilnehmerkarten für die Hauptversammlung sind lt. Beschluß der letzten Versammlung Donnerstag bei Hausbold, Gröbba, Altrodstraße 22, abzuholen.
Spielvereinigung e. V. Heute Vorstandssitzung u. Spielausschuß. Jugendversammlung. fällt aus. Freitag „Gute Quelle“ Monatsversammlung.
Rieser Sportverein e. V. Mittwoch 5.30 Uhr Übungsspiel: Neue IV: verkürzte Jugend. Schwarzer Blau.
S. f. R. Riesa e. V. Mittwoch Vorstandssitzung (8 Uhr Gold-Löwe), Donnerstag Jugendversammlung (8 Uhr Karpien), Freitag Spielerversammlung (Karpien).
Gitarren- und Mandolinengesellschaft Riesa (Restaurant Burg). Morgen Mittwoch abend von 7-8 Uhr für Anfänger, von 8-10 Uhr Hauptübungsstunde. Leitung: Herr A. Lindner. Freunde d. Volksmusik willkommen.

KAPPEL-Schreibmaschine
 Erstklassig! Sofort lieferbar!
 Hauptvertreher:
Friedrich Wolff
 Dresden-A., Neumarkt 4.
 Bezirksvertretung:
Richard Kalkus
 Grossenhain
 Amalienallee 31. Ruf 436.
 Maschinenfabrik Kappel AG Chemnitz
 Modell II. Günstiger Umtausch alter Schreibmaschinen.

Geschlechtskranke!
 Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
 Harnröhrenleiden, früher und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Zeit, Gicht, ohne Beschädigung, ohne Empfindung und andere Gicht, Mannesleiden, schnelle Hilfe. **Wichtig!** - Jeder jedes der 4 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen Arzt. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 M. für Porto in geschlossener Doppelbrief ohne Aufdruck durch Dr. med. H. Seemann, O. u. H. Sommerfeld 141 (Egigt Frankfurt Oder) Spezialärztliche Stellung. Leiden genau angegeben, damit richtige Broschüre gelangt werden kann.

Neue Esperantokurse
 beginnen.
 Man beachte die Anschläge.

Tiefbau-Stüdtfohle
 sowie **Siebfohle; Förderfohle**
 kann in jeder Menge abgeholt werden von **Braunkohlengrube „Bogelsfreude“** bei Roststein (Kreis Siebenbrunn) **Bolt Wahrenbrück.**

Der Spötter
 Dresdner Mittwochs-Zeitung für frohes und frohes Wort
 Herausgeber: Georg Müller-Helm
Morgen Mittwoch erscheint Heft 2
 Heft 1 trotz zweier Auflagen **20**
 in 48 Stunden ausverkauft. **20**
 Einzelheft 1 M. Vierteljährlich 10 M. bei der Post und den Buchhandlungen Joh. Ziller und Joh. Hoffmann.

Max Hegewald
Gertrud Hegewald geb. Wolf
 Vermählte.
 Dresden-Riesa, 20. September 1921.

Achtung! Kegler!
 Zweck Gründung eines Kegler-Verbandes Riesa und Umgebung werden alle sich dafür interessierenden Klubs und Einzelkugler gebeten, sich zu einer Besprechung **Donnerstag, 22. 9., 8 Uhr** abends im **Hotel „Stadt Dresden“** einzufinden. **Der vorbereit. Ausschuss.**

Einkaufs- und Verwertungs-Genossenschaft der selbständ. Fleischermeister in der Amtshauptmannsch. Großenhain
 e. G. m. b. H.

Zu der morgen Mittwoch, den 21. September, nachm. 5 Uhr im Schlachthof Großenhain einberufenen **Generalversammlung** haben unbedingt sämtliche Genossen zu erscheinen, um die statutenmäßige Beschlußfassung der Auflösung der Genossenschaft durchführen zu können.

Waldschlößchen Röderau.
 Mittwoch, den 21. September
großes Orchester-Konzert
 ausgeführt von der Kapelle des Herrn Simmler.
 Anfang 7 Uhr.
Nach dem Konzert feiner Ball.
 Es ladet freundlichst ein **Alfred Jentich.**

Gasthof Glaubitz.
 Donnerstag, 22. September, abends 7/8 Uhr
gross. Extrakonzert
 ausgeführt von der Großenhainer Stadtkapelle.
 Leitung: H. Beck, Musikdirektor, Obermusikmeister a. D.
 Hierzu ladet freundlichst ein **Cito Donat.**

Steinbachs
 Waschextract 3 Spaten
 Spatenkernseife

 sind wieder in **altbekannter Güte** in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Man achte auf die **Schutzmarke!** F. E. Steinbach, Leipzig.

Holländer Tabak 1/2 Pfund 7.50 Mk. **Wettinerstraße 20.**

Die Verlobung ihrer Tochter **Hertha** mit Herrn **Johannes Fritzsche** geben hierdurch bekannt
Dr. phil. Georg Lorentz und Frau Jenny geb. Kuhn.
 Riesa, 18. September 1921.

Meine Verlobung mit Fräulein **Hertha Lorentz** zeige ich hierdurch an.
Johannes Fritzsche.

Donnerstag, den 22. September, abends 7/8 Uhr im Volkshaus Riesa
öffentliche Volksversammlung.
 Thema: **Die Einigung des Proletariats.**
 Referent: **Bertram Dietz, Dortmund.**
 Freie Aussprache. **Syndikalistische Arbeiterföderation Meitzen.**

Sonnabend 24. Sept. 1921
2 Bunte Abende
 Mitwirkende: Sängerkreis, Orpheus, Männergesangverein und gem. Chor, Jahna-Quartett, Turnverein Riesa, Allgemein. Turnverein, Kunstradfahrer, Kunst-Tänzerpaar, Rieser Sportverein (lebende Bilder), Erzgebirger und Vogtländer (Dreckschänke)
Sonntag 25. Sept. 1921

Hotel zum Stern
 Das Fest beginnt **Sonnabend abend 7 Uhr** mit einem **Tänchen** in der „Dreckschänke“ (kleiner Saal), von 8 Uhr ab im **großen Saal bunte Darbietungen**, darauf **Neueste Schlagerlänze. grosser Festball. Neueste Schlagerlänze.**
Sonntag Beginn des Festes nachm. 4 Uhr.
 Der Reingewinn wird unverkürzt unserem Ferienheimfonds zugeführt werden und bitten wir höflichst um recht zahlreichen Besuch.
 Hochachtungsvoll **Zweigverein Riesa der „Sächs. Fechtschule“.**
 Zur Gabenverlosung gütigst zugedachte Geschenke bitten bis Freitag Geschäfte, Hauptstr. 39a, abzugeben.

Prima Gartengrün
 eingetroffen, Pfund 2.40 M.
Emil Klinger,
 Bismarckstr. 11a. Telefon 581.
Ein Posten reife Tomaten
 per Pfund nur M. 2.- bei **H. Gruhle**
 Bismarckstr. 35a. Telefon 652.
 Morgen Mittwoch früh frische Sendung **Seefische**
Clemens Bürger.
 Feinstes Nizza-**Provenzer-Oel**
 Lese und in Originalflaschen empfiehlt die Med.-Drogerie **A. G. Hennicke.**
 Direkter Import.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Der Sozialdemokratische Parteitag nahm Montag früh unter zahlreicher Beteiligung seine Arbeiten auf. Zunächst gab Reichstagsabgeordneter Volkensbühler als Berichterstatter der Programmkommission eine kurze Uebersicht über die Geschichte des neuen Entwurfs. Das Programm müsse zum Ausdruck bringen, wie sich die Arbeiterklasse den Wiederaufbau aus den Trümmern denke. Das Ziel sei die Umwandlung der heutigen Republik in eine sozialdemokratische Republik. Deshalb sei eine Einigung mit den Unabhängigen schwer, solange sie große Teile des Erfurter Programms aus ihrem Aktionsprogramm entfernen und dafür die Räterepublik einsehen. Der Programmtext wurde darauf einem Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen.

Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete alsdann Reichstagsabg. Franz Reiser. Er führte u. a. aus: Die Erfolge unserer Gegner bei der Reichstagswahl trugen bereits den Keim der Niederlage in sich. Die Deutsche Volkspartei war nach eigenem Bekenntnis nicht imstande, ohne die Hilfe der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Keine bürgerliche Regierung ist möglich ohne Teilnahme oder Duldung der Sozialdemokratie. Bei den Unabhängigen ist die Ernüchterung eingetreten, nachdem sie als Erfolge ihrer Tätigkeit ein Zurückdrängen der Einflüsse der Arbeiterkraft sahen. Das hat die Herrschaft der radikalen Kräfte bei den Unabhängigen bewirkt. Dann kam die Abgrenzung der Kommunisten in Halle, damit aber auch die Besonnenheit bei denen, die noch wirklich Arbeiterinteressen vertreten. Es kam der erste Schritt der Rückkehr zum Wort zur Tat. Unsere Aufgabe mußte sein, diese Entwicklung zu fördern. Wir müssen eine Machtposition erringen. Ein Unabhängiger hat gesagt: Wir müssen die Republik mit Klauen und Nägeln verteidigen, weil sie der beste Boden für den Klassenkampf ist. Es wäre ein Verbrechen, wenn wir widerstandslos die Republik der Reaktion ausliefern. Die innere Festigkeit unserer Partei ist gestiegen. Die Organisation ist über alles Lob erhaben. Die Arbeiterkraft steht heute wieder fest hinter den Parolen der Sozialdemokratie. In die Beamtenchaft soll durch eine besondere Aktion sozialdemokratischer Geist getragen werden. Bei der Neuwahl der Kandidaten für die kommunalen Ehrenämter hat die Partei nicht immer eine glückliche Hand gehabt. (Auskommung.) Man sollte nur Genossen auf solche Plätze stellen, über deren politische und sachliche Befähigung man sich einigermassen zutreffendes Urteil bilden kann. Der 9. November muß ein Demonstrationstag für das deutsche Volk werden. Unter den vorliegenden Umständen zur Einigung mit den Unabhängigen befinden sich erstenscheinweise diesmal keine, die die Einigung unter allen Umständen verlangen. Eine Zwangseinigung ohne innerliche Uebereinstimmung würde nur die Kräfte einer so geeinigten Partei vermindern. Die Kommunisten sind für uns keine wünschenswerten Bundesgenossen.

Eine gemeinsame Demonstration mit Kommunisten ist vielleicht ökonomisch geboten, aber nie dürfen wir dulden, daß darin alles unter kommunistischer Parole geht. So ist es z. B. mit der Forderung der Entlassung politischer Gefangener. Der Redner tadelt die Chemnitzer und Frankfurter Parteigenossen wegen ihres Entgegenkommens gegen die Kommunisten. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei war nicht möglich, weil die Grundzüge und die Politik dieser Partei mit unseren Grundzügen unvereinbar waren. Der Rasthofer Beschluß gilt vorwiegend der Reichspolitik. In Lippe und Westfalen ist es uns gelungen, wenigstens ein Mindestprogramm im Sinne unserer Partei bei dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei und der Regierung zu erreichen. Eine Beteiligung an der Regierung kann eine Machtposition sein, aber nicht jede Beteiligung an jeder Regierung ist eine Machtposition. (Auskommung.) Die größte Partei Deutschlands kann es sich freilich nicht leisten, etwa grundlos jede Beteiligung an einer Koalitionsregierung abzulehnen. Wir erklären grundsätzlich unsere Koalitionsbereitschaft, können uns heute aber weniger denn je an eine bestimmte Partei knüpfen. Außerdem sind die deutschen Parteien nichts Feststehendes. Im Zentrum ist der Einfluß der Arbeiterklasse wieder schwach geworden. Die Demokraten sind auf dem Wege, wieder zu verfallern. Ueber sozialpolitische Fragen kann ich mich mit Stresemann eher verständigen, als mit Goßeln. Wir müssen ein klares Programm über unsere Teilnahme an der Regierung aufstellen und dabei alles abschneiden, was wir nicht erreichen können. Eine rein sozialistische Politik können wir nicht dabei machen. In erster Reihe gilt es Schutz der Republik an sich. Genau so wie wir in keine Regierung mit einer Partei hineingehen, die die Diktatur des Proletariats propagiert, genau so gehen wir mit keiner Partei in die Regierung hinein, die die Monarchie propagiert. Auch die Steuerpolitik der Deutschen Volkspartei ist nicht die unsere. Weiter verlangen wir Demokratisierung der Verwaltung, Republikanisierung der Reichswehr und Polizei. Die Anerkennung dieses Programms verlangen wir unter allen Umständen. Unsere Partei muß den Beweis liefern, daß sie heute mehr denn je die Partei des deutschen Volkes ist. (Beifall.)

Partei (vom Parteivorstand) berichtet hierauf über Organisation und Kasse. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 1 1/2 Millionen. In kommunaler Tätigkeit stehen rund 45 000 Genossen und Genossinnen. Die Zahl der Vorkämpfer ist ungefähr die gleiche geblieben wie im Vorjahre. Für die Wahlkämpfe der letzten Jahre sind 10 Millionen aufgewendet worden.

Dem Parteitag ist eine Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses über

Die Teilnahme der Partei an der Koalitionsregierung

ausgegangen, worin es heißt:

Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeder ohne Einschränkung grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis diese erreicht ist, sondern muß versuchen, auch schon vorher zur Sicherung der Republik und der demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Diktatur zu werfen, um so auch der Errichtung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Das ist heute umso mehr möglich, als die Not des deutschen Volkes eine Einigung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, in diesem Sinne mit den anderen Parteien im Reich und in den Ländern in der Regierung zusammen zu arbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Aktionsprogramm mög-

Zurücknahme französischer Truppen aus dem Ruhrgebiet

Die Rücknahme soll Ende September beendet sein.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September folgende Note überliefert: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai d. J. in die besetzten Gebiete entsandten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende des Monats beendet sein.

Die Uebersetzung, daß Frankreich auf das erstehende Ruhrgebiet doch wird verzichten müssen, scheint nun auch bei der französischen Regierung durchgedrungen zu sein, und sie zieht jetzt endlich die Truppe, die sie ins besetzte Gebiet dirigiert hatte, um für den Fall der Ablehnung des Ultimatums durch Deutschland das Ruhrgebiet zu besetzen, zurück. Bis jetzt also hoffte man noch an der Seine, eine Gelegenheit probieren zu können, um weiter nach Deutschland vorzustoßen. Und man glaubte es verantworten zu können, Deutschland bis jetzt die Waffen einer unnötig alarmierten Armee aufzubehalten zu können. Aber nur umso heftiger wird in Frankreich der Kampf, eine Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes herbeizuführen, und Poincaré macht in dieser Beziehung wieder einmal einen Vorstoß im „Matin“, in dem er erklärt, daß Frankreich nur dann abziehen könne, wenn ihm zugesichert würde, die Pfänder, die es gegenwärtig bezieht, solange in der Hand zu behalten, bis Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei.

Noch keine Einigung über die Sanktionen.

Die Meldung des „Temps“, wonach die deutsche Regierung darüber informiert wurde, daß sich die alliierten Regierungen über die Kontrollkommission geeinigt hätten, wird an ausländischer Berliner Stelle als unzutreffend bezeichnet. Ein Schritt bei der deutschen Regierung in dieser Frage ist überhaupt nicht erfolgt.

Das Garantiefomitee begibt sich nach Berlin.

Wie der „Temps“ mitteilt, begibt sich das Garantiefomitee im Laufe dieser Woche nach Berlin. Es rechnet darauf, bei seinem jetzigen Aufenthalt in Berlin die verschiedenen Probleme zu lösen, die durch die Anwendung des Zahlungsstatuts entstanden sind.

Beisprechungen über Oberösterreich.

Gestern vormittag hat eine Beisprechung des Reichskanzlers mit den zuständigen Stellen über die oberösterreichische Frage stattgefunden. Es nahmen daran teil außer dem Reichskanzler der Reichsminister des Innern Dr. Gubauer, Minister Dr. Rathenau und der preussische Minister des Innern Dr. Dominicus, ferner Vertreter der anderen zuständigen Stellen. Die Erörterungen befaßten sich in der Hauptsache mit der Methode der Bekämpfung unerlaubter Verbände.

Die bayerische Krise.

Nach Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen sind vorige Woche mehrere Mitglieder des bayerischen Landtages in Berlin eingetroffen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Beisprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert. Vor allem handelt es sich darum, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Bei dieser Beisprechung betonte der Reichskanzler nochmals, die bayerischen Gegenanträge bedürften in ihrer jetzigen Form einer Aufschaltung des Reichs und erschienen deshalb unannehmbar. Andererseits erklärte er seine Bereitschaft, neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben darauf am Sonnabend Berlin wieder verlassen.

Das „V. Z.“ meldet, daß die nächste Sitzung des Ueberwachungsausschusses am Freitag die bayerische Frage und die Verordnung des Reichspräsidenten behandeln wird.

Ein neuer Bericht Weismanns.

Nach dem Lokalanzeiger hat Geheimrat Dr. Weismann einen Bericht über die Lage ausgearbeitet, den er der preussischen Regierung übermitteln hat. Die preussische Regierung wird diesen Bericht an die bayerische Regierung weitergeben. Von einer Währungsabstimmung des Staatskommissars wird zurzeit nicht gesprochen.

Die Kandidatur v. Rasthof.

Nach der „Voss. Ztg.“ wird sich v. Rasthof zur Annahme des Ministerpräsidentenpostens und zur Kabinettsbildung bereit erklären unter der Bedingung, daß die von den Koalitionsparteien beschlossenen Vorschläge für Berlin den bekannten, von ihm geforderten Inhalt erhalten: „Sobald es die Verhältnisse gestatten“. Zur gleichen Sache schreibt die „Münchener Zeitung“: Sollte die Krise vielleicht darin ihre Lösung und Lösung finden, daß Herr von Rasthof für die bayerische Staatspräsidentschaft in Reserve gehalten werden soll? Im Widerspruch zu diesen Meinungen steht folgende Nachricht aus München: Der zurückgetretene Ministerpräsident Dr. v. Rasthof hat der bayerischen Volkspartei mitgeteilt, er könne das Anerbieten dieser Partei, sich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtage zur Wahl zu stellen, nicht annehmen.

Eine neue Erklärung der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: In einer Uebersetzung des preussischen Ministerpräsidenten vom letzten Sonntag in Sachen des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern ist am Schluß ausgesprochen worden, daß die Angelegenheit nicht durch die Parteibrille, sondern ruhig und sachlich betrachtet und behandelt werden müsse. Wie berechtigt dieser Hinweis war, geht aus mehreren

Stellen hervor, die folgende Grundforderungen enthält: Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reich, im Staat und in den Gemeinden, Demokratisierung der Verwaltung, Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeigruppe, Sicherung des Ausbaus der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkerverständigung, Regale Aufhebung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Verfassungsmäßigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Volkes. Im übrigen soll es dem Parteivorstand überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Deutschen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung zu entscheiden.

In der vorstehenden Resolution ist, wie dem „Berl. Tagbl.“ aus Berlin gemeldet wird, der Satz, daß die Deutsche

Beisprechungen im Anschluß an die am gleichen Tage veröffentlichte Erklärung der preussischen Regierung hervor. Preußen hat mit diesen beiden Schritten überhaupt nicht Partei ergriffen, weder gegen das Reich noch für Bayern. Aufgabe der preussischen Regierung bei der Gesamtlage am letzten Sonnabend war es vielmehr, zu verhindern, daß neben dem Streit zwischen dem Reich und Bayern sich nicht noch ein weiterer Streit zwischen Preußen und Bayern ohne das Zutun Preußens herausbilden werde, womit die politische Gesamtlage nur verschärft worden wäre. Das war der allgemeine Zweck der Erklärung der preussischen Regierung. In der eingangs erwähnten Uebersetzung des preussischen Ministerpräsidenten ist ausgesprochen worden, daß die jetzige Zeit bei der außerordentlich ernten außenpolitischen und finanziellen Lage des Reichs und bei der Erregung im Innern aus Anlaß der Ermordung Erzherzogs nicht geeignet ist, die Frage der staatlichen Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und zur endgültigen Klärung zu bringen. Daraus geht deutlich hervor, daß es die preussische Regierung nicht für angebracht hält, jetzt den Streit um die Weimarer Verfassung, d. h. um die Frage ob Zentralismus oder Föderalismus, worauf verschiedene Kreise in München und Berlin hindringen, zum Austrag zu bringen.

Eine Rede Dr. Heims.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim hat in einer Versammlung des Christlichen Arbeiterbundes in Lützenhausen über die politische Lage gesprochen und dabei erklärt, wenn es zu einem Generalkrieg kommen sollte, so würden die Bayern den Generalkrieg auf der ganzen Linie mitmachen. Wegen den Reichstagsabg. Dr. Heim darf Stellung und Erklärung, noch niemals habe sich ein Minister so klamiert. Was das sogenannte Reichsgericht bei Neubrunen betrafte, habe noch kürzlich ein aktiver Reichsminister aus der Partei des Herrn Dr. Rathenau dort gewollt. (Zurufe: Heims!) Mit aller Entschiedenheit sprach sich Dr. Heim für eine Politik der Mitte aus und schloß alle extremen Elemente, auch die der Rechten, ab. Rammstein von den Nationalsozialisten will Dr. Heim nichts wissen. Er erklärte, von Reuten von rechts, besonders wenn sie keine Bodenständigkeit haben und sich nur an einer Macht bereichern, die sie nicht besitzen, lasse sich Bayern nicht seine Politik verderben. Auch dieser Stimmung müsse der Kampf bis aufs Messer gelten. Was wir brauchen, sei nicht eine Politik der Kravalle, sondern der Geduld. Die Versammlung sprach dem Ministerpräsidenten sehr den Dank für die bisher dem Vaterlande geleisteten Dienste aus.

Die gesprengte kommunistische Konferenz.

Zu der Aushebung der ohne behördliche Genehmigung tagenden Bezirkskonferenz der K. P. D. ist noch mitzuteilen: Die Versammlung tagte im Restaurant „Zur Blüte“ in der Blütenstraße und war in weitem Umkreis durch aufgestellte Personen und Radfahrer gesichert, um sich vor einer Uebergriffung zu sichern. Außer den Bezirksdelegierten, darunter die Landtagsabgeordnete Rosa Nischenbrenner, war im Auftrag der Berliner Zentrale der K. P. D. der Abg. Memmelte anwesend. Etwa 20 Teilnehmer der Versammlung wurden zur Polizei gebracht, dort vernommen und später bis auf den Parteisekretär Schweiger wieder entlassen.

Landtagsabgeordneter Fischer beurteilt.

Das Volksgesetz in München hat den Landtagsabgeordneten Fischer (München), der in einer Versammlung der K. P. D. die angeblich bevorstehende Auflösung der Republik Franken angekündigt hatte, und drei Monaten Festung verurteilt.

Abg. v. Kardorff zum Block der Mitte.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf führte Abg. v. Kardorff u. a. folgendes aus: Die schwerste Krise, die wir seit dem Rapp-Bußch durchgemacht haben, ist der politische Mord an Erzberger. Er ist eine Dummheit und Verbrechen zugleich. Die ganze politische Situation steht unter diesem Ereignis. Wirhs Reden am Grab Erzbergers und auf dem Parteitag des Zentrums seien aber nicht gerade glücklich. Auch die Eingriffe in die bayerischen Angelegenheiten bedeuten eine Ueberspannung des Einheitsgedankens. Herr v. Kardorff rechtfertigte seine Zustimmung zu dem Ultimatum. Daß es auf die Dauer durchführbar sei, glaube er allerdings nicht. In seinen weiteren Ausführungen stellte sich Abg. v. Kardorff auf den Boden der Demokratie, die er als die gegebene Staatsform bezeichnete. Aber die Demokratie müsse behütet werden vor der Diktatur der Masse und der Straße. Auch dürften sich die demokratischen Minister nicht als Angehörige der Partei fühlen. Ein Block der Mitte muß Wirklichkeit werden. Ein Neutrost ist im Reich und in Preußen unmöglich. Volksgemeinschaft muß uns höher stehen, als die Staatsform. Der Verlust des Krieges ist unser aller Schuld. An dem Schlagwort vom Volkstrog in der Heimat ist manches wahr, aber es ist ein giftiges Schlagwort, das vermieden werden muß.

Ein Attentat auf Stresemann?

Wie die „Dagener Zeitung“ aus Lüdenscheid meldet, wurde während der gestrigen Abendversammlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch ein Fenster ein Revolvergeschuß auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abgeordnete Stresemann hatte gerade die Tribüne verlassen und dem Abgeordneten Dr. Hugo den Weg überlassen. Es wurde niemand getroffen.

Volkspartei nicht als händnisfähig angesehen werden darf, gestrichen worden. Selbst Scheidemann, der bisher auf dem linken Flügel der Partei stand, hat in seiner Rede eine Brücke zur Verständigung mit der Volkspartei offen gelassen.

Die Rede Scheidemanns.

Auf dem Würthener Parteitag hielt Abgeordneter Scheidemann, dessen frühere ablehnende Haltung gegenüber einer Koalitionsbildung der Mehrheitsparteien mit der Deutschen Volkspartei bekannt und dessen Stellung bis zum Parteitag noch ungeklärt geblieben ist, eine vielbemerkte Rede. Er führte u. a. aus: Es darf nicht gesagt werden: Wir gehen unter keinen Umständen mit dieser oder jener Partei zusammen in eine Regierung. In der Zeit, als die Parole aus gegeben wurde: Nicht mit der Deutschen Volkspartei, war sie zweifellos absolut richtig. Wir müssen bei jeder Regierungs-

Bildung ein vermittels des Arbeitsprogramms anzunehmen, was...
teien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen...
und bestimmte Ministerien und zu überlassen, können mei-
nes Erachtens nicht dauernd von der Teilnahme an der Re-
gierung zurückgewiesen werden. In beschränkter Weise
Koalitionsgliederung, das es sich nicht um eine Koalition
gemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt.
Solange wir eine sozialdemokratische Regierung nicht bil-
den können, solange müssen wir uns auf Koalitionsgliederun-
gen einrichten.

Geldführung der Goldanleihe.

Die nächste Besprechung über die Beschaffung einer Gold-
anleihe findet heute vormittag im Reparationsauschuss des
Reichswirtschaftsrats statt. Mit ironischem Ergebnis
wird jedoch, wie der „Kölnischer Anzeiger“ meldet, vorläufig kaum
zu rechnen sein, da die Kurse der „Borwärts“ gegen die
Bemühungen der Industrie, die als unerhöht und unwirksam
bezeichnet werden, eine außerordentlich starke Verkümmern
in Industriekreisen hervorgerufen haben. Man ist jetzt daher
entschlossen, einleitend Gewehr bei Fuß abzuwarten, ob die
offiziellen Vertretungen der Mehrheitssozialdemokratie
sich ebenso uneinsichtig zeigen werden, wie ihr Zentral-
organ.

Aus Berlin wird uns hierzu noch geschrieben: Wie
wir erfahren, findet Dienstag vormittag im Reparations-
auschuss die erste Beratung über das Angebot der deutschen
Industrie, ihre eigenen Kredite für die Sicherung der ersten
Reparationsausgaben herzugeben, statt. Eine bestimmte
Grundlage liegt auch jetzt noch nicht vor und dürfte auch
in nächster Zukunft nicht zu erwarten sein. Das Angebot
der Industrie durch den Umfang der künftigen Steuern
von selbst begrenzt wird. Der Reichsverband der deutschen
Industrie hatte deshalb auch einige Vorbehalte hinsichtlich
der neuen Steuern machen müssen. Aber man braucht
deshalb keinerlei Besorgnisse zu haben, da sich auf dem
Wege der Verkümmern schon eine Möglichkeit finden
wird, die notwendige Aufrechterhaltung der deutschen Wirt-
schaft in Einklang zu bringen mit den notwendigen Mehre-
erträgen aus den Steuern. Das diese an einer gewissen
Uebereinstimmung liegen, die sie selbst unerschütterlich
machten, das ergab sich schon aus der allgemeinen Kritik,
die eine jede Partei daran knüpfte. Wenn diese Uebereinstim-
mungen durch die Arbeit der Industrie auf das richtige Maß
zurückgeführt werden, dann wird das Goldangebot in
doppelter Hinsicht für Deutschland von Nutzen sein. Wir
glauben deshalb, das es jetzt durchaus nicht angedacht
ist, vor den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats
mit den in Frage kommenden kapitalistischen Verbänden
in einen öffentlichen Meinungsstreit einzutreten, wieweil die
noch unbekannten Ermäßigungsansprüche berücksichtigt
sind oder nicht. Die Verhandlungen vor dem Reichswirtschafts-
rat, der sich auch parteipolitisch weitläufig sachlicher be-
trachtet, als es sonst gegenüber der Fall ist, dürften schon in näch-
ster Zeit präzisere Anhaltspunkte für die öffentliche Kritik
ergeben.

Eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission.

Nach einer Sanatsmeldung aus Koblenz hat die Inter-
alliierte Rheinlandkommission beschlossen, die Einführung
derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet end-
gültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert
worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung
getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission
den deutschen Reichskommissar gebeten, die Kulturarbeit
der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken,
die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wieder-
herstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt.
Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen
machen, das sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutsch-
land die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden
und gegen die alliierten Mächte aufhören, mit denselben
Rechten wie gegen deutsche Behörden gerichtete Angriffe,
die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohen.
Auch alle Theater- und Kinovorstellungen, Vorträge
und Konzerte sind verboten, die geeignet sind, die öffentliche
Ordnung oder die Sicherheit oder die Würde der Rhein-
landkommission oder der Besatzungsstruppen zu gefährden.
In dem Begleitbrief an den Reichskommissar stellt die
Rheinlandkommission in Aussicht, das in der Regel vor
dem Verbot einer Zeitung ein Vertreter des Blattes
gehört werden soll; eine Verpflichtung hierzu wird jedoch
nicht übernommen.

Aufgehobenes Zeitungsverbot.

Die kommunistische „Freiheit“ in Düsseldorf ist von
der Düsseldorf-Bezirksbehörde auf Grund des jüngsten
Erlasses des Reichspräsidenten ohne Angabe von Gründen
auf vier Tage verboten worden. Wie gemeldet wird, hat
aber die französische Besatzungsbehörde das Verbot
aufgehoben, sodass die kommunistische „Freiheit“ wieder
erscheinen darf.

Die Untersuchung in der Nordische Erzberger

ist vorläufig in München abgeschlossen worden. Außer den
bereits namentlich gemeldeten 11 Personen wurde
niemand mehr verhaftet. Die in München aus Baden we-
kende Untersuchungskommission hat München verlassen. In
Baden sollen nun die Erhebungen fortgesetzt werden. Von
den in München festgenommenen 11 Personen bleiben fünf
weniger belastete Personen in München in Polizeihaft,
während die anderen sechs Personen, darunter von Hil-
finger, nach Oldenburg gebracht werden. Es besteht nicht
mehr der geringste Zweifel an der Täterschaft der flüch-
tigen Personen Heinrich Schulz und Heinrich Illiesien,
von denen immer noch jede Spur fehlt.

Blutige Zusammenstöße in Stettin.

Am Sonntag kam es in Stettin aus Anlaß der Fahnen-
weihe des Vereins ehemaliger Pioniere zu blutigen
Zusammenstößen. Als die Mitglieder des Vereins vor
dem Verammlungslokal erschienen, wurden sie von einer
dort angelagerten Menge belästigt und zum Teil miß-
handelt. Ein alter Veteran wurde mit einem Messer be-
drängt, das er im Krankenzimmer weggeschafft werden mußte.
Derbelästigte Polizei zerstreute die Menge. Auch vor dem
Festzelt-Gaal in der Linsingstraße, wo die eigentliche
Feier vor sich gehen sollte, wurden die Veteranen von einer
Menschenmenge mißhandelt. Erst ein verstärktes Polizei-
aufgebot wurde der Menge Herr.

Krafft in Berlin.

Der russische Volkskommissar Krafft ist am Montag
in Berlin eingetroffen. Er wird nach London weiterreisen.
Krafft's Aufenthalt in Berlin dient vor allen Dingen Ver-
sprechungen mit offiziellen deutschen Persönlichkeiten sowie
mit hervorragenden Finanzinstituten im Zusammenhang
mit Wareneinführen.

Interpellation der USP.

Die Reichstagsfraktion der unabhängigen
Sozialdemokratischen Partei hat eine Inter-
pellation eingebracht, die kurz nach dem Wiederzu-
sammentritt des Reichstages zur Verhandlung kommen
wird. Es heißt darin: Die Politik des Reichsanstalters wird

houverend robotter und durchtreuzt von gewissenlosen Krei-
sen des kaiserlichen Beamtenkörpers, die ihre Direktiven
von den politischen Gegnern der Reichsregierung erhalten.
Der Reichsanstalters Dr. Reich hat als Politik für die Mit-
glieder der Reichsregierung bezeichnet: bestimmtes Ein-
treten für Republik und Demokratie sowie soziale Erhaltung
des Bonheur Ultimatums. Diese Politik wird bekämpft
mit allen Mitteln von den Vertretern des alten Systems
im Beamtenamt und Militär, die sich der Unterstützung
einflußreicher und kapitalistischer Kreise erfreuen und deren
Ziel der Sturz der Republik und die Wiedereinführung der
Monarchie ist. Diese Kreise führen keinen einwandfreien
und laudalen politischen Kampf. Sie bilden trotz ge-
richtlichen Verbotes neue heimliche Verbände unter dem
Namen „Staats- und Militärpersonen und Dingen sie zum
politischen Verfall führen. Diefem Treiben muß Einhalt
geboten werden. Welche Maßnahmen gebührt die Reichs-
regierung zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen?

Denkmalsentwöhnung in Oldenburg.

Am letzten Sonntag fand in Oldenburg die Denkmals-
weihe für die Gefallenen des Infanterieregiments 91 statt.
Das Denkmal war mit blau-rot und schwarz-weiß-rot
farbigem verkleidet. Auf einem vier Meter hohen Sockel
erhebt sich ein aufrechtstehender Säule. Die Figur des
Säulens ist von Prof. Lehder-Berlin nach dem Entwurf des
Architekten Strauß-Verfort modelliert. Nachdem der Feld-
gottesdienst beendet war, erschien Ministerpräsident Tanken
mit den Vertretern des Staatsministeriums auf dem Denk-
mals-Platz. Nach einer Gedächtnis- und Weiberebe des
Militärbefehlshabers Ronge gab Generalfeldmarschall von
Hindenburg das Zeichen zur Enthüllung des Denkmals.
Darauf erfolgte die Uebergabe des Denkmals an die Stadt
durch Oberst von Scherhoff, dem letzten Kommandeur, im
Ramen des oldenburgischen Infanterieregiments 91. Der
Oberbürgermeister erwiderte: Dieses Denkmal soll täglich
und stündlich eine eindringliche Mahnung sein, zusammen-
zukommen mit Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Wärend
die gewaltigen Opfer des Krieges nicht vergehlich gewesen
sein, sondern neues Leben schaffen. Das Schlusswort sprach
Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Deutsch-belgisches Abkommen?

Nachdem über die sechs Milliarden deutscher
Banknoten, die sich während des Krieges und kurz
nach seinem Ende in Belgien angeammelt hatten, schon
einmal durch den damaligen Reichskanzler mit der
Belgier ein Abkommen geschlossen worden war, das aber
schließlich nicht ratifiziert wurde, sind seit einiger Zeit
neue Verhandlungen geführt worden, die jetzt unmittel-
bar vor dem Abschluß zu stehen scheinen. Nach den In-
formationen der „Frankfurter Zeitung“ betragen sich die
Verhandlungen auf folgenden Grundzüge: Der Militär-
schaden deutscher Art werden zum Anre von 1,25 Franz von
Deutschland übernommen; Deutschland verpflichtet sich,
diesem Betrag in 30 Annuitäten bei 2 Prozent Verzinsung zu
tilgen. Die restlichen zwei Milliarden sollen später zu
einem Anre von 25 Centimes für die Raub übernommen
werden. Belgien verzichtet dafür auf die Liquidation des
konfiszirten deutschen Eigentums.

Eine französische Eingeborenenarmee.

Wie der französische Kolonialminister Sarraut einem
Mitarbeiter des „Intransigent“ erklärte, wird Frankreich
in nächster Zeit die Militärmacht herabsetzen können,
und zwar dank seinen Kolonien, durch die Frankreich eine
Militärorganisation erhält, die auf einer Eingeborenen-
armee von 300 000 Mann begründet sein werde.

Die Arbeitslosigkeit in England.

30 000 Londoner Arbeitslose richteten an Lloyd George
ein Telegramm, in welchem es heißt: 140 000 Londoner
Gemeindeglieder sind als arbeitslos registriert und die
Steuerpflicht der übrigen Gemeindeglieder ist so groß,
das sie nicht tragen werden kann, weil sie alles tragen
müssen, was tatsächlich der gesamten Nation auferlegt
werden müßte. Täglich finden in London und anderen Städten
Verammlungen und Kundgebungen der Arbeitslosen statt.
Die Verberehen in den Städten machen beträchtlich. Von
diesen Seiten wird betont, das nur die Erholung der deut-
schen Mark, die die Industrie wieder konkurrenzfähig macht,
eine dauernde Beseitigung des jetzigen Zustandes bringen
kann.

Acht Londoner Arbeiterführer sind in Internes
eingetroffen. Es wurde ihnen ein Telegramm des Sekretärs
Lloyd Georges überreicht, in dem es heißt, die Letzte
Lloyd Georges hätten ihm verboten, die Abordnung gestern
zu sehen. Eine weitere Mitteilung werde später erfolgen.

Die Unruhen in Indien.

Neuter meldet aus Simla, das der Sekretär des Home-
Departments dem Staatsrat über den Zustand in
Malaba mitgeteilt habe, die Lage sei immer noch ernst
und der Geist der Aufstandsbewegung ungedrungen. Außer
in der unmittelbaren Nähe der Kruppen und der Eisen-
bahnlinien seien Leben und Eigentum der Mohammedaner
noch immer in Gefahr. „Daily Telegraph“ berichtet aus
Mysore, das infolge der von den Rebellen eingenom-
menen Stellungen der Gebrauch von Artillerie unermeh-
lich geworden sei und das eine Abteilung Feldartillerie be-
reits eingetroffen sei. Bei Zusammenstößen zwischen
Kruppen und Rebellen in der Nähe von Mangalore
sollen die Mohlahs schwere Verluste erlitten haben. Die
Rebellen haben den heiligen Krieg gegen alle Hindus er-
klärt. Diese sollen mit Gewalt zum Islam bekehrt werden.
Mylapore befindet sich ganz in der Hand der Aufständigen.
Alle Regierungsgebäude in dieser Stadt sollen niederge-
brannt worden sein.

Die irische Frage.

Neuter meldet: De Valera hat in Beantwortung des
Schreibens Lloyd Georges angefragt, ob dieses Schreiben
den Zweck verfolge, eine Unterwerfung zu fordern, oder
eine Einladung zur Konferenz bedeute, die auf beiden
Seiten frei sei und ohne Vorjudiz, falls ein Ueberein-
kommen nicht erzielt werde. De Valera erklärte weiter:
Dass das Letztere beabsichtigt gewesen ist, beschäftigen wir
unsere Annahme der Einladung. Unsere Delegierten wer-
den jederzeit mit denen der englischen Regierung zu ver-
handeln bereit sein. De Valera verzichtet am Anfang seines
Sprechens jeden Gedanken, Lloyd George zu ersuchen, vor
Beginn der Konferenz irgendwelche Bedingungen anzuneh-
men. Er erklärt, es würde ebenso unvernünftig sein, zu er-
warten, das Lloyd George die irische Republik formell oder
informell von vornherein anerkennt, wie es unvernünftig
sein würde, das Lloyd George erwarten könne, Irland
gebe seine nationale Position formell oder informell preis.
Die Iren glaubten, das ein Vertrag der Anparnung und
Gemeinschaft, der zwischen den Irländern von Großbritan-
nien und Irland und zwischen Irland und den Staaten
des britischen Imperiums rechtlich geschlossen würde, den
Streit für immer beenden und die beiden Nationen in
den Stand setzen würde, ihre eigene individuelle Entwik-
lung zu verfolgen und in den Angelegenheiten, die sie ge-
meinsam berühren, zusammenzuwirken. Vertreter beider
Nationen müßten zusammenkommen, um über einen solchen
Vertrag zu verhandeln. Wenn Großbritannien Irland vor-

der Bedingungen unterlege, die eine Beilegung der gesamt-
en Stellung Irlands bedeuteten, so würde eine solche
Zusammenkunft nicht möglich sein.

Die Abrikung.

Der Bericht der Völkerverbundkommission für Abrikungsfragen.

Aus Genf wird gemeldet: Den Mitgliedern des Völkerver-
bundes und der Verammlungen ging der Bericht der Kom-
mission für Abrikungsfragen zu, die auf Beschluß der letzt-
jährigen Verammlungen eingesetzt wurde. In dem ausführ-
lichen Bericht verdienen vor allem die politischen Betrach-
tungen über die allgemeine Lage und besonders Deutschland
Interesse. Sie versuchen den Nachweis zu führen, das die
heutige politische Lage eine Abrikung sehr schwierig mache.
Als der Entwurf ausgearbeitet wurde, so heißt es wörtlich,
rechnete man damit, das alle Völkerverbundmitglieder derselben
Bereinigungen sein würden und das die gemeinsame Absicht,
den Frieden auf dem gesamten Erdball zu erhalten, sie mit-
einander verbinde, das alle Nationen miteinander in Frieden
leben würden und das nach den Grundsätzen des Völkerver-
bundes die Welt zur Ruhe gelangen würde. Diese Bedingungen
sind heute nur teilweise erfüllt. Drei Großmächte, von denen
eine gegenwärtig, die beiden anderen potentiell über
große militärische Macht verfügen, gehören dem Völkerver-
bunde nicht an. Solange aber die Vereinigten Staaten,
Deutschland und Rußland am Völkerverbund nicht teilnehmen,
wird es für keine Mitglieder keine schwierig sein, gemeinsam
einen separativen und fortwährenden Kundensatz über mili-
täre Maßnahmen vorzunehmen. Der Bericht weist beson-
ders auf die Befürchtungen der Rußland benachbarten Staaten
hin die noch unklare Lage der deutschen Republik, die
erzliche Spannung zwischen Litauen und Polen und die Tat-
sache, das die aus der Besetzung Ostpreußens hervorgegangenen
vorgegangenen Staaten sich noch nicht völlig der durch die
Friedensverträge geschaffenen Lage angepaßt haben. Zwi-
schen Griechenland und der Türkei herrsche immer noch
Krieg. Der Friede von Genes sei noch immer nicht ratifi-
ziert worden, und auch die muskambonische Welt sei voll
von Unruhen. Die Entwürfe, die die verschiedenen Na-
tionen dem Generalsekretär über ihre Heeresausgaben
erteilt, beweisen hinsichtlich der Unfähigkeit der allge-
meinen politischen Lage und seinen, mit welcher Vorsicht die
Völkerverbundmitglieder an die Prüfung konkreter Ab-
rikungsfragen herantreten. Als einzigen wesentlichen Fort-
schritt auf dem Gebiete der Abrikung führt der Bericht die
durch die Frikationsverträge gewissen Staaten eingewilligte
Abrikung an. Es heißt darüber: Die Ausföhrung dieser
Bedingungen ist auf dem Wege guter Verwirklichung. Wir
hoffen, das sie durch die Erziehung eines neuen demokrati-
schen Regimes gefördert wird. Das wäre eine wesentliche
Gewinn für die Aufrechterhaltung des Friedens. Trübsal
wurde im Laufe der Geschichte niemals eine so wesentliche
Maßnahme von so großer Tragweite getroffen, wie die Ab-
schaffung der Dienstadt in Deutschland und die Herab-
setzung der regulären Einkünfte dieses Landes auf ein
sehr niedriges Maß, das nicht die notwendigen Bedürfnisse der
inneren Verteidigung übersteigt. Die Herab-
setzung dieser Lage wird nicht nur die Abrikungsbedin-
gungen in anderen Ländern erleichtern, sondern die Auf-
rechterhaltung des Friedens in Westeuropa zur Folge
haben. Der Bericht beschließt sich an verschiedenen Stellen
mit der Entwaffnung Deutschlands. So heißt es in dem Be-
richt der zweiten Unterkommission über das Untersuchungs-
recht des Völkerverbundes: Man kann praktisch ein Ab-
rikungsproblem kaum herantreten, wenn man sich nicht erst
darüber verständigt, das alle in den Verträgen vorgeschrie-
benen Maßnahmen vollständig und loyal durchgeföhrt werden.
Erst wenn auf diese Weise Sicherheit geschaffen ist, kann die
allgemeine Abrikung ins Auge gefaßt und allmählich ge-
föhrt werden. Das Studium dieses Untersuchungsrechts, das
die Ausföhrung dieser Maßnahmen kontrollieren soll, ist
also eine der wesentlichen Vorbedingungen für die Lösung
dieses Problems. Diese Auffassung, die auch in dem fran-
zösischen Abänderungsantrag an Artikel 8 zum Ausdruck
kommt, ist von neuem, das das Abrikungsproblem für
den Völkerverbund ist ein wesentlicher Teil der Durchföhrung
der Friedensverträge befaßt und befaßt die Kritik, die
der normierte Abrikungsplan in der vernünftigen Weise
an der einseitigen und ungenügenden Behandlung der Ab-
rikungsfrage läßt.

Tagesschau.

Deutsches Reich.

Mittelstand und Deutschnationale Uv. In einer
heutigen Wahlerversammlung zu den Berliner
Stadtverordnetenwahlen betonte Graf Westphal, das seine
Partei den Mittelstand mit allen Mitteln als wesentliches
Glieder unseres Wiederaufbaues halten werde.

Zum Tode des Fürsten Philipp Eulenburg. In dem
Fürsten Eulenburg, der am Sonntag im 75. Lebensjahre in
Liebenberg gestorben ist, ist eine Persönlichkeit dahingegan-
gen, die in der Nach-Napoleonischen Zeit eine große Rolle
gespielt hat und der auf den früheren Kaiser einen sehr gro-
ßen Einfluß ausgeübt hat. Als Kommandant der Garde du
Corps hatte Eulenburg am Kriege 1870/71 teilgenommen. Im
Jahre 1876 wurde er Kammergerichtspräsident und kam
alsdann als Attaché ins Auswärtige Amt, wo er 1881 Lega-
tionssekretär wurde und schon im folgenden Jahre ein-
mal als Sekretär der preussischen Gesandtschaft nach München.
Nachdem er Gesandter in Oldenburg, Stuttgart und Mün-
chen gewesen war, wurde er 1894 zum Reichskanzler in Wien
ernannt. Aber schon 1900 trat er unter Erhebung in den
Fürstentum in das Preussische Herrenhaus als erbliches
Mitglied. 1902 trat er in den Ruhestand, hatte aber trotzdem
außerordentlichen Einfluß auf den Kaiser, mit dem er schon
seit seiner Jugend in inniger Freundschaft verbunden war.
Seine Bewildigung in den Prozeß des Kommandanten von
Berlin, Grafen Voigts, ist ihm vollständig aus dem politischen
Leben heraus. Infolge gewisser Jugendverfehlungen wurde
er durch Grafen Voigts angegriffen und dann die Weimarer
Republik. Infolge gewisser Jugendverfehlungen wurde
er durch Grafen Voigts angegriffen und dann die Weimarer
Republik. Infolge gewisser Jugendverfehlungen wurde
er durch Grafen Voigts angegriffen und dann die Weimarer
Republik.

Der Streit in Nordfrankreich. Nachdem der Streit
zwischen dem Reichsverband und Frankreich hat, nehmen die
Drucker und Schriftsteller ihre Arbeit wieder auf. An An-
betracht der großen Anzahl von Streikenden, die auf Belgien
Lebensmittel holen, sandte die Kolonialverwaltung an die fran-
zösisch-belgische Grenze große Verhärtnungen.

Wie soll die Mahnung des Bundes sein? 1) Ab-
sträflich! 2) Unbedeutend verhandelt! 3) Wohlwollend!
Eine Vereinigung und Verwirklichung dieser drei Vorzüge
bietet Nettes Hindernis. Es enthält die Kritik fern-
sunderer Alpenzüge und alle zum Wachstum des Bauhand-
werkes erforderlichen Nährstoffe. Größtlich in Apodeten und
Drogenen ist.

Im Interesse der vielen Druck, Verfall,
Mühsal, Gefahr, Anstrengungen, und
sonstigen Leiden sei an dieser Stelle ganz
besonders auf die heutige Heilage des Fürsten
Eulenburg, Königs, hingewiesen.